

# Kantonsrat heisst das Budget 2006 unter allseitigem Murren gut

## Die knapp 12 Stunden Debatte verändern den vom Regierungsrat vorgelegten Entwurf kaum

135. und 136. Sitzung, 8 Uhr 15 und 14 Uhr 30

Vorsitz: Präsident *Hans Peter Frei* (svp., Embrach)

### Ersatzmitglied des Obergerichts

kg. Auf Antrag der Interfraktionellen Konferenz wählt der Rat Flurina Schorta Tamio zum neuen Ersatzmitglied des Obergerichts.

### Rückzug der Lighthouse-Initiative

In zweiter Lesung behandelt der Rat den Gegenvorschlag der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit zur Volksinitiative «Rettet das Zürcher Lighthouse». Mit einer Änderung des Gesundheitsgesetzes sollen Palliativmedizin und Sterbebegleitung eine gesetzliche Grundlage erhalten. Die entsprechende Bestimmung sieht vor, dass der Kanton privaten wie öffentlichen Institutionen Leistungsaufträge für die beiden Bereiche erteilen und diese Institutionen finanziell unterstützen kann.

Der Präsident der Redaktionskommission, *Raphael Golta* (sp., Zürich), bittet um Zustimmung zum Gegenvorschlag.

Der Rat stimmt dem Gegenvorschlag der Kommission mit 144 zu 0 Stimmen zu, mit 158 zu 0 Stimmen empfiehlt er die Volksinitiative «Rettet das Zürcher Lighthouse» zur Ablehnung, mit 157 zu 0 Stimmen den Gegenvorschlag zur Annahme.

*Hans-Peter Portmann* (fdp., Kilchberg), Präsident der Stiftung Lighthouse und des Initiativkomitees, gibt später bekannt, dass dieses die Volksinitiative zurückzieht.

## Budget 2006, Fortsetzung der Debatte

Bevor die Budgetdebatte wieder aufgenommen wird, geht Präsident *Hans Peter Frei* (svp., Embrach) auf die am letzten Dienstag von Stefan Feldmann (sp., Uster) geäußerte Vermutung ein, beim Steuerfussentscheid wäre ein qualifiziertes Mehr nötig gewesen. Der Begriff Saldoverschlechterung in der Ausgabenbremse bezieht sich auf einzelne Budgetkredite. Die Einnahmenseite des Voranschlags bleibt davon unberührt. Die einfache Mehrheit genügt.

*Stefan Feldmann* (sp., Uster) dankt für die Abklärungen. Die Zweifel sind nicht bis zum letzten Rest verfliegen. Dieses Beispiel zeigt, wie unsorgfältig der Kantonsrat seinerzeit bei der Ausgabenbremse legiferiert hat. Ich bitte den Finanzdirektor, die schon von seinem Vorgänger angekündigte Reform der Ausgabenbremse zügig voranzutreiben. *Natalie Vieli* (gp., Zürich) ist mit den Ausführungen des Ratspräsidenten nicht zufrieden; Zweifel bleiben. Mit dem Entscheid, einen tieferen Steuerfuss als beantragt zu beschliessen, wurde der Saldo des Budgetpostens 4910 verschlechtert. *Willy Haderer* (svp., Unterengstringen) erinnert daran, dass nur Verschlechterungen durch die Erhöhung von Budgetposten gemeint sind. Der Posten 4910 ist nur eine Grundlage für die Planung des Finanzdirektors. *Roland Munz* (sp., Zürich) äussert Zweifel. Wer hat die Abklärungen vorgenommen? Präsident *Hans Peter Frei* (svp., Embrach) betont, das Thema sei schon vor drei Jahren beim damaligen Steuerfussentscheid abgeklärt worden. *Peter Anderegg* (sp., Dübendorf) möchte den Steuerfussentscheid dem Regierungsrat überlassen. Finanzdirektor *Hans Hollenstein* verspricht eine Vernehmlassung über Reformvorschläge für Januar.

### Somatische Versorgung und Psychiatrie

Der Rat setzt die Debatte mit der Beratung des Vor-

anschlags der Gesundheitsdirektion fort. *Willy Haderer* (svp., Unterengstringen) begründet drei Anträge, mit denen die SVP den Aufwand in der Gesundheitsdirektion durch Effizienzsteigerung um 2 Prozent (gut 1 Mio. Fr.) kürzen will. Persönlich würde ich lieber in anderen Direktionen mehr als diese 2 Prozent kürzen. In der Gesundheitsdirektion wird gute Arbeit geliefert, aber das zeigt mir auch, dass eine solche Einsparung möglich ist. *Oskar Denzler* (fdp., Winterthur) gibt Ablehnung aller Minderheitsanträge bekannt, welche die Gesundheitsdirektion betreffen. Als echte Partei der Mitte bevorzugen wir ausgewogene Lösungen. Die von der Direktion betriebene Politik des dosierten Sparens bewährt sich. Stimmen Sie mit uns, und Sie sind bei der Mehrheit. *Christoph Schürch* (sp., Winterthur), Präsident der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit, lehnt namens der Kommission sämtliche Minderheitsanträge ab.

Der Rat lehnt die Minderheitsanträge der SVP ab, und zwar mit 110 zu 55 Stimmen, mit 108 zu 58 Stimmen und mit 107 zu 57 Stimmen.

Der Rat lehnt einen weiteren Minderheitsantrag der SVP (Kürzung der Budgets aller Spitäler) um 2 Prozent (30,8 Mio. Fr.) mit 108 zu 55 Stimmen ab.

*Peter Schulthess* (sp., Stäfa) begründet einen Minderheitsantrag von SP, EVP und Grünen, der eine Verschlechterung des Budgets in der somatischen Akutversorgung um 15,2 Mio. Fr. verlangt. Der Druck in den Spitälern führt zu Stress und zu unnötigen Fehlern. Die im Massnahmenplan Haushaltgleichgewicht 06 vorgesehene Effizienzsteigerung führt zu sinkender Patientenzufriedenheit. Die Bevölkerung schmerzt es, wenn weitere Spitäler schliessen müssen. *Willy Haderer* (svp., Unterengstringen) ist überzeugt, dass es ins Chaos führt, wenn immer mehr Geld ins Gesundheitswesen gepumpt wird. Wir können es uns nicht leisten, die mit den Sparprogrammen ergriffenen Massnahmen rückgängig zu machen. Weisen sie alle Anträge, die das Budget der Gesundheitsdirektion verschlechtern, zurück. *Katharina Prelicz-Huber* (gp., Zürich) spricht sich gegen weitere Effizienzsteigerungen und gegen einen Qualitätsabbau aus. Einsparungen wären in der Spitzenmedizin möglich, doch davon wollen die bürgerlichen Parteien nichts wissen. *Peter Schulthess* (sp., Stäfa) repliziert auf Haderer: Wir wollen nicht mehr Geld ins Gesundheitswesen pumpen, sondern weniger kürzen.

Der Rat lehnt den Minderheitsantrag von SP, Grünen und EVP mit 95 zu 73 Stimmen ab, ebenso einen weiteren Antrag von Grünen, SP und EVP, und zwar mit 101 zu 75 Stimmen.

Auch beim Budgetposten, der die psychiatrische Versorgung betrifft, scheitern alle Kürzungs- und Aufstockungsanträge: ein Kürzungsantrag der SVP (7,8 Mio.) mit 107 zu 59 Stimmen sowie zwei Aufstockungsanträge von SP, Grünen und EVP (6,4 Mio. und 750 000 Fr.) mit 101 zu 72 Stimmen und mit 98 zu 73 Stimmen.

Die SVP stellt einen weiteren Minderheitsantrag, mit dem sie in der Langzeitversorgung 2 Prozent (546 000 Fr.) kürzen will. Der Rat lehnt ihn mit 109 zu 58 Stimmen ab.

### Prämienverbilligung

*Willy Haderer* (svp., Unterengstringen) will, dass die Reserve bei den Krankenkassenprämien-Verbilligungen abgebaut wird. Das soll mit einer Kürzung um 2 Prozent erreicht werden. In den letzten Jahren wurden jeweils mehr als die vorgeschriebenen 80 Prozent ausbezahlt. *Peter Schulthess* (sp., Stäfa) erinnert daran, dass gemäss Volksabstimmung nicht weniger als 80 Prozent ausgeschöpft werden soll. Es hiess nicht, es dürften nicht mehr als 80 Prozent der Verbilligungsgelder des

Bundes ausgeschöpft werden. Wir stellen dieses Jahr den Antrag nicht, 100 Prozent auszuschöpfen. Wir wissen, dass wir dieses Ziel mit anderen politischen Mitteln anstreben müssen.

Gesundheitsdirektorin *Verena Diener* erläutert, dass der Regierungsrat die Prämienverbilligungen zwei Jahre im Voraus festlegen muss. Damit sind Anträge in der Budgetdebatte eigentlich gar nicht mehr möglich. Sie kündigt an, dass die Kürzung der Verbilligung 2007 rückgängig gemacht wird (Kasten auf dieser Seite).

Der *Rat* lehnt den Minderheitsantrag der SVP mit 113 zu 54 Stimmen ab.

*Katharina Prelicz-Huber* (gp., Zürich) begrüsst die Ausführungen der Gesundheitsdirektorin und zieht einen Aufstockungsantrag zurück. Für *Willy Haderer* (svp., Unterengstringen) ist das der Beweis, dass es nötig gewesen wäre, die Ausgaben in diesem Bereich um 2 Prozent zu kürzen.

### Fraktionserklärungen zur Roma-Familie von Rüschtikon

*Claudio Schmid* (svp., Bülach) verliest eine Fraktionserklärung zum Thema der Roma-Familie aus Rüschtikon. Die SVP reichte vor fast einem Jahr einen Vorstoss in dieser Angelegenheit ein. Bereits damals warnten wir die Behörden vor den negativen Folgen. Es geschah nichts, der Therapiestaat Schweiz glaubte, das Problem in den Griff zu bekommen. *Ruedi Lais* (sp., Wallisellen) verliest eine Fraktionserklärung der SP. Zum Rechtsstaat gehört auch die Gewaltenteilung, wir haben der Asylrekurskommission nicht dreinzureden. Aber solche langen Behandlungsfristen sind nicht tragbar. Die Zürcher Bevölkerung kann zwischen tragischen Einzelfällen und der grossen Mehrheit von Leuten unterscheiden, die sich bei uns integrieren wollen.

### Bildungsdirektion

*Samuel Ramseyer* (svp., Niederglatt) schlägt im Namen der SVP vor, 12 Minderheitsanträge der SVP, die alle eine Kürzung um 2 Prozent bei der Bildungsdirektion verlangen, gemeinsam zu behandeln und als Paket zur Abstimmung zu bringen. *Ruedi Lais* (sp., Wallisellen) sieht in diesem Vorschlag die Bestätigung, dass die SVP keine individuellen Begründungen für ihre Anträge hat. Korrekt wäre, wenn Sie die Anträge zurückziehen würden. Wir stimmen ausnahmsweise dieser nicht korrekten Behandlung von Minderheitsanträgen zu Globalbudgets zu. *Esther Guyer* (gp., Zürich) ist nicht einverstanden. Man kann die Anträge gemeinsam behandeln, aber abgestimmt werden muss einzeln. Präsident *Hans Peter Frei* (svp., Embrach) entscheidet, dass die Anträge gemeinsam behandelt werden, dass darüber aber separat abgestimmt wird.

*Hanspeter Amstutz* (evp., Fehraltorf) lehnt alle Kürzungsanträge ab. Die Schülerzahlen sind viel stärker gestiegen als die Ausgaben. Das Personal zahlt die Zeche für die bisherigen Kürzungsmassnahmen. Pauschale Kürzungsanträge ohne konkrete Benennung der Schwachstellen sind nicht überzeugend. *Brigitta Johner* (fdp., Urdorf), Präsidentin der Kommission für Bildung und Kultur, bescheinigt der Bildungsdirektion, dass sie ihre Sparvorgaben erreicht hat. Die Kommission hält die Kürzungsanträge für undifferenziert. Sie ist auch dagegen, dass Sanierungsmassnahmen rückgängig gemacht werden. *Esther Guyer* (gp., Zürich) weiss nicht, was die SVP will. Sie sagt nicht, wo zu sparen ist, weil sie mit ihrer Bildungs- und Sparpolitik keine Mehrheit in der Bevölkerung findet. *Martin Kull* (sp., Wald) bezeichnet die Anträge als unnötig; wir lehnen sie ab.

*Matthias Hauser* (svp., Hüntwangen) spricht zum Kürzungsantrag beim Budget der Universität. Die Folge wären Einschnitte bei der Evaluationsstelle; die Universität hat ohne diese Stelle während Jahrzehnten funktioniert. Es könnte auch sein, dass die Betreuungsverhältnisse nicht so schnell verbessert werden und dass die Bologna-Reform mit Verzögerung umgesetzt wird. Das ist angesichts der finanziellen Verhältnisse verkraftbar. *Anita Simioni* (fdp., Andelfingen) bittet um

Annahme des Budgets der Bildungsdirektion. *Yvonne Eugster* (cvp., Männedorf) hält weitere Kürzungen im Bildungssektor für untragbar. *John Appenzeller* (svp., Aeugst) findet, man solle die Kosten optimieren. *Karin Maeder-Zuberbühler* (sp., Rüti) fragt, wer die Schuld an der Misere hat: Es ist die SVP. *Theo Toggweiler* (svp., Zürich) stellt fest, dass es einfacher ist, sich über die SVP lustig zu machen, als Vorschläge zu präsentieren. Man könnte von den anderen Kantonen höhere Beiträge an die Zürcher Hochschulen verlangen. *Samuel Ramseyer* (svp., Niederglatt) kann keine Misere in der Bildung entdecken, höchstens eine Misere im Ratssaal. Wir produzieren Schule auf einem zu hohen Standard.

Der *Rat* lehnt in Einzelabstimmungen alle Minderheitsanträge der SVP ab.

*Karin Maeder-Zuberbühler* (sp., Rüti) begründet Anträge von SP und EVP, zwei Massnahmen des Sanierungsprogramms 04 teilweise rückgängig zu machen. Es geht um die Vergrösserung der Klassen. Es liegt eine Volksinitiative vor, die die vollständige Rücknahme dieser Massnahme verlangt. Das kommt den Kanton Zürich teurer zu stehen als unser Antrag. *Samuel Ramseyer* (svp., Niederglatt) will abwarten, wie sich die Vergrösserung tatsächlich auswirkt. Der Pool, der geschaffen wurde, um Engpässe auszugleichen, ist nicht ausgeschöpft. Wir wissen heute nicht, ob die Volksinitiative eine Mehrheit findet. *Hanspeter Amstutz* (evp., Fehraltorf) stellt fest, dass die negativen Auswirkungen der Sparmassnahmen spürbar werden. *Susanne Rihs-Lanz* (gp., Glattfelden) fragt, wie man Kindern mit besonderen Bedürfnissen gerecht werden kann, wenn die Klassen noch vergrössert werden. *Yvonne Eugster* (cvp., Männedorf) gibt bekannt, dass die CVP beide Anträge ablehnt. Die Sparmassnahmen wirken sich nach Ansicht von Fachleuten nicht auf die Qualität des Unterrichts aus.

Der *Rat* lehnt die Minderheitsanträge von SP und EVP mit 91 zu 68 Stimmen und mit 91 zu 80 Stimmen ab. Abgelehnt werden auch zwei weitere, von *Erika Ziltener* (sp., Zürich), *Susanna Rusca Speck* (sp., Zürich), *Elisabeth Derisiotis* (sp., Zollikon) und *Hanspeter Amstutz* (evp., Fehraltorf) begründete Minderheitsanträge, mit denen Sparmassnahmen bei den Schulen, im Gesundheitswesen und bei den Berufsschulen (Verzicht auf die Finanzierung von Fremdsprachenkursen) rückgängig gemacht werden sollen.

*Esther Guyer* (gp., Zürich) wendet sich gegen eine Sparmassnahme aus dem Massnahmenplan Haushaltgleichgewicht 06, welche die Jugend- und Familienhilfe betrifft. Sie könnte zur Folge haben, dass Heime geschlossen werden müssen. *Susanna Rusca Speck* (sp., Zürich) bittet darum, die Einführung des neuen Finanzierungsmodells abzuwarten.

Der *Rat* lehnt den Minderheitsantrag mit 92 zu 71 Stimmen ab.